

## Zu Gast im Lande eines umstrittenen Friedenspreisträgers

Bericht über den Kongreß der Internationalen Liga für Unterricht, Erziehung und Kultur in Dakar

Von Annegret und Joachim Kahl

Vom 27. Juli bis zum 4. August fand in der Universität von Dakar (Senegal) ein internationaler Kongreß über laizistische Erziehung statt. Veranstalter war die Internationale Liga für Unterricht, Erziehung und Kultur mit Sitz in Paris, deren korporatives westdeutsches Mitglied die Humanistische Union ist. An dem Kongreß nahmen etwa 300 bis 350 Delegierte, aus 40 Ländern Europas, Afrikas und Südamerikas teil. Aus der BRD kamen drei Teilnehmer, darunter Annegret und Joachim Kahl, als offizielle Repräsentanten der HU.

### Belanglose Referate

Der Kongreß verlief in einer spannungsgeladenen politischen Atmosphäre, obwohl er von den Veranstaltern und der gastgebenden senegalesischen Liga so problemlos und apolitisch wie möglich geplant war. Die drei vorgesehenen Hauptvorgänge mußten verlesen werden, da die Autoren nicht erschienen waren. Es war nicht schade darum, da der Inhalt der Vorträge kaum berichtenswert war. Bereits die Themaformulierung zweier Referate läßt das naive und ideologische Niveau ahnen. Der Lütticher Professor

M. Clause handelte über eine künftige universelle Zivilisation („Vers une civilisation de l'universel“), wobei – ausgerechnet in einem Land der Dritten Welt – alle sozialen Strukturprobleme im Sinne der Konvergenzideologie ausgeklammert blieben. Das Referat des kongolesischen Schulrats F. Vuendy machte sich bereits im Titel kapitalistische Reklamesprüche zu eigen: „La jeunesse dans un monde sans cesse plus jeune – Die Jugend in einer immer jugendlicheren Welt“. Der luxemburgische Delegierte Marius de Sterio nannte das Referat treffend in populärem Französisch „du caca“ –; Scheiße. Auch der Vortrag des venezolanischen Volkshochschuldirektors F. Fortsetzung nächste Seite

## Auswirkungen des Bodenrechts - Problem Nummer eins

Aufschlußreiche Ergebnisse einer Umfrage des OV Frankfurt/M. der HU

Von Klaus Scheunemann

Aufklärung über die Auswirkungen des geltenden Bodenrechts auf die städtischen Lebensbedingungen wird von den Mitgliedern und Freunden des OV Frankfurt als vorrangige Aufgabe der HU auf örtlicher Ebene empfunden. Gleichfalls hohe Priorität mißt der gleiche Personenkreis dem Engagement für die Straffreiheit ärztlicher Schwangerschaftsunterbrechungen zu sowie der Auseinandersetzung mit Kirchenprivilegien. Das sind die bemerkenswertesten Ergebnisse einer Umfrage, die der Ortsverband Frankfurt/M. der HU vor kurzem unter

seinen Mitgliedern und Freunden veranstaltete. Die Mitglieder waren aufgefordert worden, aus einem Katalog von zwölf verschiedenen, HU-spezifischen politischen Spezialfragen maximal sechs auszuwählen, denen sich der Ortsverband nach ihrer Auffassung mit besonderer Intensität zuwenden sollte. Es beteiligen sich 77 Mitglieder und 25 Nichtmitglieder. Um die Auswertung zu vereinfachen, wurden die zwei zuletzt eingesandten Mitglieder-Antworten nicht in die Zählung einbezogen. Die Auszählung ergab folgende Präferenzliste:

Alle Einsender	Nur Mitgl.	Nichtmitgl.
76 %	76 %	76 %
69 %	72 %	60 % (3)
65 %	64 %	68 % (2)
51 %	49,33 %	56 %
47 %	49,33 %	40 % (6)
43 %	44 %	40 %
40 %	38,66 % (9)	44 % (5)
39 %	41,33 % (7)	32 %
38 %	40 % (8)	32 %
30 %	32 %	24 %
29 %	30,66 %	24 %
14 %	13,33 %	16 %

1. Aufklärung über die Auswirkungen des geltenden Bodenrechts
2. Kampagne für Straffreiheit von Schwangerschaftsunterbrechungen
3. Kampagne gegen Kirchenprivilegien im Bildungs- und Wohlfahrtsbereich
4. Aufklärung über Modalitäten der Beendigung der Kirchensteuerpflicht
5. Bildungsarbeit in Gefängnissen
6. Kampagne für die Errichtung eines klassenlosen Krankenhauses
7. Neue Initiativen zugunsten der Polizeikennzeichnung
8. Kampagne für eine Reform der Gewerkschaften
9. Kampagne für die Humanisierung des Alltags in den psychiatrischen Kliniken
10. Kampagne für Null-Tarif in den Schwimmbädern
11. Kampagne für die Aufhebung des Verbots sogenannter Pornographie
12. Kampagne für erweiterte Schülermitbestimmung

Ein Vergleich der Präferenzen von Mitgliedern und Nichtmitgliedern ergibt keine ins Gewicht fallenden Abweichungen. Die Nichtmitglieder wünschen sich offenbar ein etwas stärkeres antiklerikales Engagement, was sich ausdrückt in einer etwas höheren Zustimmung zu den Aufgaben „Kampagne gegen Kirchenprivilegien“ und „Aufklärung über die Modalitäten der Beendigung der Kirchensteuerpflicht“. Umgekehrt ist die Zustimmung der Nichtmitglieder zu den Punkten „Straffreiheit von Schwangerschaftsunterbrechungen“, „Gewerkschaftsreform“ und „Bildungsarbeit in Gefängnissen“ etwas geringer als die der Mitglieder.

### HU-Literatur

In Ergänzung zur derzeit gültigen Liste der HU-Schriften können von der Geschäftsstelle zusätzlich bezogen werden:

- Alternativentwurf zum Ausländergesetz (Gesetzestext, Begründung und kritische Untersuchungen) . . . . . DM 5,—
- Plakat der Ausstellung „Erotic Art“ in Dortmund, entworfen von W. P. Eggers (ursprünglich von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt) . . . . . DM 5,—
- Kindergarten-Sonderheft der „Vorgänge“ (5/70) . . . . . DM 4,—

**Achtung! Bitte beachten Sie die wichtige Einladung auf der letzten Seite dieser „Mitteilungen“.**

Adam über „Erziehung und Entwicklung“ kam über Abstraktionen nicht hinaus.

#### **Militär gegen demonstrierende Studenten**

Die politischen Spannungen, die fast zu einem Platzen des Kongresses geführt hätten, erwachsen nicht aus den dürrtigen Referaten, sondern daraus, daß einige europäische Delegierte auf die Widersprüchlichkeiten des Kongreßablaufes hinwiesen und nicht gewillt waren, sich von den Autoritäten der senegalesischen und auch der internationalen Liga einschüchtern lassen.

Von Anfang bis Ende der Tagung prangte über der Rednertribüne der Satz des französischen Philosophen Alain „L'amour de la liberté suppose une haute idée de l'homme“ (Die Freiheitsliebe setzt ein hohes Bild vom Menschen voraus). Auch Ministerpräsident Abdou Diouf, der anstelle des verreisten Staatspräsidenten L. Senghor erschienen war, sagte in der Eröffnungssitzung: „Nous acceptons la contestation comme un élément nécessaire au dialogue“ (Wir akzeptieren den Protest, die Demonstration als notwendiges Element im Dialog). Aber während Abdou Diouf dies proklamierte, war das Kongreßgebäude von bewaffneten Soldaten umstellt, die kurz zuvor friedliche senegalesische Studenten mit Bruchialgewalt daran gehindert hatten, kritische Flugblätter zu verteilen. Zwar wurden die Soldaten – nicht zuletzt wegen unseres energischen Protests – am folgenden Tag abgezogen, dennoch fand der Kongreß bis zum Schluß in Anwesenheit von Geheimpolizisten statt, von denen einige, wie wir verschiedentlich hörten, Mitglieder der senegalesischen Liga waren. Was war im einzelnen vorgefallen?

#### **Folkloristisches Tamtam**

Am Vorabend der Eröffnungssitzung hatte die senegalesische Liga für die ausländischen Delegationen auf einem Sportplatz der Universität eine folkloristische Show mit Lagerfeuer organisiert. Nach dem Programm sollten Tänze, Gesänge, Tamtam (Trommeln) vorgeführt werden. Kurz vor Beginn gingen linke senegalesische Studenten durch die Zuschauerreihen und verteilten Flugblätter, in denen das Regime Senghor als neo-kolonialistisch, anti-demokratisch und anti-national angegriffen wurde. Die senegalesische Liga sei ein willfähiges Instrument dieses Regimes, namentlich seitdem der korrupte Doudou Coulibaly ihr Vorsitzender sei. Gegen Ende der dritten Programm-Nummer liefen Studenten zum Lagerfeuer und zogen die Holzscheite auseinander. Einer von ihnen erklärte ihre Aktion in einer kurzen Ansprache: Das folkloristische Tamtam sei eine Mystifikation, die die internationalen Gäste von den wahren Problemen des Senegal ablenken solle. Über die studentischen Vorwürfe wurde leider nicht auf dem Sportplatz öffentlich diskutiert, weil die Repräsentanten der internationalen Liga die ausländischen Gäste sofort zum Verlassen des Platzes aufforderten. Wir wollten doch nicht in eine Schlägerei hineingezogen werden, außerdem beobachtete uns die Geheimpolizei. Einzelne italienische, englische, luxemburgische und fran-

zösische Delegierte und wir blieben jedoch und ließen uns von den Studenten über die politische Position der senegalesischen Liga informieren. Charakteristisch für ihre anti-demokratische Politik sei, daß sie – regierungshörig – einem Schüler- und Lehrstreik in den Rücken gefallen sei.

Am folgenden Tag wurde der Kongreß unter Soldatenschutz eröffnet. Studentische Flugblätter wurden konfisziert, während die senegalesische Liga ungehindert eine „mise au point“ (Richtigstellung) verteilen konnte. Darin wurden die Studenten als „misérables robots, téléguidés de l'étranger“ (elende Roboter, aus dem Ausland ferngesteuert) beschimpft und als „quelques jeunes irresponsables“, als einige verantwortungslose Jugendliche abgetan. Ihre Vorwürfe wurden mit keinem Wort zu entkräften versucht.

#### **Conseil général gegen freie Diskussion**

Nach der Eröffnungssitzung tagte auf Antrag der italienischen Delegation der Conseil général der internationalen Liga, in den jede nationale Delegation maximal fünf stimmberechtigte Mitglieder entsenden konnte. Nach heftigen Diskussionen solidarisierte sich dieses Gremium – einzig gegen unsere beiden Stimmen – mit der senegalesischen Liga und billigte die Anwesenheit der Soldaten. Unser beider Antrag, den Studenten auf dem Kongreß Rederecht zu gewähren und offen über alle Vorwürfe zu debattieren, wurde niedergestimmt. Der vermittelnde Vorschlag eines luxemburgischen Delegierten, die senegalesische Liga möge eine Dokumentation über ihre Position bei dem Schüler- und Lehrstreik vorlegen, wurde nicht befolgt. Als Scheinargument wurde uns stets vorgehalten, wir würden uns in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates einmischen.

Am Abend folgte die Jugendkommission, in der mehrheitlich eine offene Diskussion über die Vorwürfe der Studenten vor dem Kongreß gefordert wurde. Die Forderung wurde nicht erfüllt. Daraufhin veranstalteten die senegalesischen Studenten ihrerseits ein teach-in, zu dem die Kongreßteilnehmer eingeladen wurden. Dieses teach-in mit etwa zweitausend Teilnehmern war von beispielloser Disziplin gekennzeichnet. Die Studenten trugen erneut ihre Angriffe gegen das Senghor-Regime und die senegalesische Liga vor. Jedoch war die Liga nicht erschienen, so daß die internationalen Gäste den Eindruck gewinnen mußten, sie könne sich nicht verteidigen gegen die studentischen Argumente.

#### **HU-Delegierte beschimpft**

Der Höhepunkt der Auseinandersetzungen war erreicht, als wir beide anlässlich der Diskussion über das Jugendreferat von der Rednertribüne des Kongresses aus das Verhalten der senegalesischen und internationalen Liga offen und scharf angriffen. Wir wiesen darauf hin, daß hier nicht einmal das demokratische Minimum erfüllt werde, das die Statuten der internationalen Liga sowie die Geschäftsordnung des Kongresses vorsehen.

Nach unserer Intervention antwortete der

Vorsitzende der senegalesischen Liga, Doudou Coulibaly, in einer leidenschaftlichen Hetztirade. Wir seien Neokolonialisten und Faschisten, die sich in die inneren Probleme ihres Landes einmischten. Gerade als Deutsche hätten wir dazu kein Recht, hätten wir doch selber genug Probleme – etwa die Mauer in Berlin. Wenn uns etwas nicht passe, sollten wir das Land verlassen. Die Mehrzahl der afrikanischen Zuhörer klatschte begeistert Beifall. Annegret Kahl verließ daraufhin demonstrativ den Saal. Ein senegalesischer Delegierter tief ihr nach und entschuldigte sich bei ihr. Mehrere europäische Sprecher (u. a. der Chef der französischen Delegation) nahmen uns in den folgenden Reden in Schutz. Wie wir später erfuhren, beantragte die senegalesische Liga an jenem Tag beim Innenministerium unsere sofortige Ausweisung, die jedoch abgelehnt wurde – wohl aus Angst vor einem internationalen Eklat. Am nächsten Morgen wurde uns eine deutschsprechende senegalesische Hostess geschickt. Sie sollte uns einerseits versöhnen, andererseits aushorchen nach unseren politischen Ansichten (z. B. über Daniel Cohn-Bendit und den Sohn Willy Brandts).

#### **Ausschluß der senegalesischen Liga?**

Coulibalys Rede verstärkte bei mehreren ausländischen Kongreßteilnehmern das Unbehagen an der Situation im Senegal und besonders an der senegalesischen Liga. In privaten Gesprächen äußerten vor allem italienische Delegierte den Plan, den Ausschluß der senegalesischen Liga aus der internationalen Liga zu fordern. Daß allerdings auch in der internationalen Liga nicht alles zum besten steht, sollten wir erneut bei der letzten Versammlung des Conseil général feststellen können. Bei den Neuwahlen für sämtliche Ämter hatte der bisherige Vorstand eine zehn Namen (den bisherigen Vorstand) umfassende Liste vorgeschlagen, über die ohne jede Diskussion als Block abgestimmt werden sollte. Als wir dies kritisierten und zunächst eine Diskussion, auch über personelle Alternativen, sowie eine Einzelabstimmung forderten, wurden wir wieder niedergestimmt.

#### **Swim-in gegen Gewässer- verunreinigung**

Mit einem „Swim-in“ demonstrierte am 16. August eine Projektgruppe des OV Frankfurt der Humanistischen Union im Frankfurter Freibad Hausen für die Einführung des Nulltarifs in den öffentlichen Schwimmbädern. Wie die Landesarbeitsgemeinschaft Hessen der HU bereits in einem offenen Brief an Ministerpräsident Albert Osswald verlangte, sollen nach Auffassung der HU die Betriebskosten für die Freibäder über eine Wasserverunreinigungssteuer von den Chemiekonzernen aufgebracht werden. Es sei nicht einzusehen, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Kosten für den privatwirtschaftlichen Mißbrauch der öffentlichen Gewässer tragen solle. Erst durch die Produktionsausweitung der Chemie-Konzerne habe die Gewässerverunreinigung ein lebensgefährliches Ausmaß erreicht.

# Die Kampagne zum UZwG — ein selbstkritischer Bericht

von Volkmar Braunbehrens (Berlin)

Seit genau einem Jahr führt der HU-Landesverband Berlin eine Kampagne gegen das UZwG (Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges bei der Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte), über die hier zusammenfassend berichtet werden soll, die für die HU und die Art ihres methodischen Vorgehens einen wichtigen Erfahrungsbeitrag darstellen kann.

I. Das in Frage stehende Gesetz, das inzwischen vom Abgeordnetenhaus von Berlin verabschiedet worden ist (11. Juni 1970), ist eigentlich von der HU angeregt worden. Gleichwohl darf uns dieses nicht zum Vorwurf gemacht werden: diese kuriose Situation entstand dadurch, daß wir im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 2. Juni 1967 und Ostern 1968 eine Reihe von Prozessen vor dem Verwaltungsgericht geführt bzw. unterstützt haben, in denen es einerseits (2. Juni 67) um die Rechtmäßigkeit des Polizei- und Knüppel Einsatzes ging, andererseits (Ostern 1968) um vorbeugende Festnahmen und deren Rechtmäßigkeit. In diesen Prozessen wurde festgestellt, daß es für Polizeiwaffen in Berlin keine Rechtsgrundlage gab. Auch der Versuch, „geheime alliierte Abmachungen“ heranzuziehen, wurde durch ein von uns herbeigeführtes Dementi der Alliierten zunichte. Das UZwG sollte diese Rechtslücke schließen. Unmittelbar nachdem der entsprechende Ausschuß des Abgeordnetenhauses einen Gesetzentwurf vorgelegt hatte, der alle Befürchtungen hinsichtlich der Waffenausrüstung der Polizei übertraf, begann unsere Kampagne, die unter Zeitdruck stand, da schon im Juli vorigen Jahres das Gesetz verabschiedet werden sollte.

II. Zunächst hatten wir noch geglaubt, selbst die Öffentlichkeit mobilisieren zu können gegen ein unserer Meinung nach undemokratisches Gesetz. Ein Plakat, das wir für teures Geld hatten drucken lassen und auf den U-Bahnhöfen aushängen wollten, wurde verboten, worüber noch prozessiert wird — unser Geld war vorzeitig verbraucht, neue Ideen hatten wir zunächst keine. Die Unbeholfenheit und Perspektivlosigkeit — als werde eine über das Gesetz von uns informierte Öffentlichkeit schon dessen Fall zu Wege bringen, eine daß wir hätten angeben können: wie — kam von der unbefragten Übernahme gängiger, auf den speziellen Fall keineswegs überprüfter Methoden in der HU.

Als wahrscheinlich einzige der beteiligten Organisationen haben wir an der Abwehr dieses Gesetzes kontinuierlich weitergearbeitet: bald jedoch unter veränderter Einschätzung. Wir gingen seit Beginn dieses Jahres davon aus, daß wir dieses Gesetz nicht werden verhindern können, andererseits mit unserer Kampagne fortfahren müßten. Vor allem die Erfahrungen mit der Notstandsgesetzgebung hinderten uns vor Euphorie; und hier handelte es sich ja um die veränderte Fassung von Maßnahmen für den Notstandsfall für Berlin. III. Die FDP hatte sich schon früh mit einer schwachen und keineswegs sehr entschiedenen Argumentation um eine Verbesserung des Gesetzes bemüht, es schließlich wegen der mangelnden Kompromißbereitschaft des Koalitionspartners SPD, der hier lieber mit der Opposition (CDU) zusammenarbeitete, abgelehnt. Ein hearing der FDP kam erst zustande, als die HU die möglichen Sachverständigen zusammengetrommelt hatte. Auch sonst wurden organisatorische Hilfsfunktionen übernommen: so durch einen regelrechten Rednerdienst für Veranstaltungen, an dem unsere Juristen nach Feierabend tätig waren.

Die Erfahrungen mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP), vor allem deren „Junger Gruppe“, die sich gegen das Gesetz stark zu machen versuchte, zeigten, daß hier eine Ängstlichkeit bei Polizeibeamten deren politische Arbeit selbst innerhalb der Gewerkschaft fast zum Erliegen bringt. Selbst die Teilnahme in Zivil an politischen Veranstaltungen zu diesem Gesetz nach Feierabend war für einzelne Beamte eine persönliche Mutprobe.

IV. Nachdem es uns im Frühjahr gelungen war, andere Gruppen gegen dieses Gesetz wieder zu mobilisieren, mußten wir uns allerdings eingestehen, daß wir zu einer eigenen politischen Einschätzung des Gesetzes durch die HU nicht in der Lage waren; eine HU-spezifische Begründung für unsere Kampagne hätte sehr mager ausfallen müssen in Rücksicht auf den Bündnischarakter der HU. Wir haben uns von dieser Schwäche dennoch nicht beirren lassen: so konnten wir zwar angeben, warum wir das Gesetz ablehnen mußten, warum wir es für undemokratisch halten, konnten aber keinen eigenen Beitrag liefern zu der Frage, wieso ein so undemokratisches Gesetz dennoch verabschiedet werden soll, welche Funktionen es hat und wem es dient. Wir mußten die Beantwortung dieser Fragen der Diskussion überlassen und konnten nur individuelle Antworten finden. Wir haben erkannt, daß dies eine Schwäche aller radikal-demokratischer Organisationen ist, die aber zur Resignation weder führen muß noch darf. Aus diesem Grunde sind wir dabei, die Fortsetzung dieser Kampagne zu beraten.

V. Wir haben praktisch seit Juli 1969 keine Gelegenheit ausgelassen, in der Öffentlichkeit auf dieses undemokratische Gesetzesvorhaben hinzuweisen. Eine große Zahl von Leserbriefen in den Berliner Tages- und Wochenzeitungen wurden teils von der HU, teils von einzelnen unterzeichnenden Mitgliedern geschrieben. Zwei Plakate wurden gedruckt (1. „Bürgerkrieg in West-Berlin?“, 2. „Handgranatengesetz“), die zwar von der Litfaswerbung und dem Aushang in U-Bahnhöfen ausgeschlossen wurden. Dafür haben vor allem kleinere Buchhandlungen, Lokale und Boutiquen die Plakate ausgehängt, außerdem wurde eine verkleinerte Form des Plakats als Handzettel oder Beilage in Zeitschriften verbreitet und von vielen Organisationen und Dienststellen zur weiteren Verbreitung bei uns bestellt, darunter auch von einzelnen Polizeigruppen. Wichtige zusammenfassende Zeitungsartikel, in denen unsere Einwände und die anderer Kritiker des Gesetzes zusammengefaßt wurden, haben wir an die beteiligten Dienststellen geschickt und um Stellungnahme gebeten: so z. B. an die federführende Innenverwaltung, den Polizeipräsidenten, Fraktionen des Abgeordnetenhauses etc. Mit dem Innensenator, dem Polizeipräsidenten, den alliierten Kommandanturen und anderen wurden Briefwechsel geführt, mehrere öffentliche Veranstaltungen mit anderen Gruppen zusammen organisiert, Presseerklärungen verschickt, schließlich sogar das FDP-hearing von uns mitorganisiert. An den Tagen unmittelbar vor der 3. Lesung des Gesetzes erschien ein von uns organisierter Aufruf in Form einer ganzseitigen Anzeige in der wichtigsten Tageszeitung, der so viele Unterschriften und Spenden zur Finanzierung der Anzeige mit 10.— (bzw. 5.—) DM brachte, daß die Anzeige am folgenden Tag in einer Abendzeitung wiederholt werden mußte. Überraschenderweise überwogen diesmal bei den Unterschriften nicht die „berühmten Leute“ wie Wissenschaftler, Künstler usw., sondern die Angestellten in abhängiger Stellung. Wegen unserer kontinuierlichen Arbeit gegen dieses Gesetz auch in einer Zeit, als andere Organisationen sich zurückgezogen hatten, hat die HU eine außerordentlich positive Einschätzung durch andere politische Verbände bekommen. Voraussetzungen sind die organisatorische Festigung einerseits, d. h. engagierte Mitarbeiter weiterer Juristen, Sozialarbeiter, Journalisten, Lehrer, Kindergärtner etc. für die Ziele der HU — andererseits eine außerordentliche Steigerung unserer Mitgliederzahlen durch Einzelwerbung seitens unserer Mitglieder in Freundeskreisen, bei Berufskollegen etc.

Die Urteilsbegründungen in diesen Prozessen sind gegen einen Unkostenbeitrag von je 1.— DM über den Landesverband Berlin der HU, 1. Berlin 62, Kufsteiner Straße 12, Tel. 0311/781 61 57, zu beziehen.

## Diskussion

### Keine HU-Kampagne für Kirchnaustritt

Zu dem Diskussionsbeitrag von Herrn Peschel „Kirchnaustritte fördern“ („Mitteilungen“ Nr. 43) möchte ich als Mitglied der HU Stellung nehmen. Die Forderungen der HU nach Trennung von Kirche und Staat und damit nach Beseitigung des Kirchensteuereinzugs über die staatlichen Finanzämter bestehen zu Recht. Darüber hinaus aber seitens der HU eine Kampagne für den Kirchnaustritt in die Wege zu leiten, widerspricht wohl in offener Intoleranz unserem Wahlspruch: Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden. Sicherlich ist unsere Kirche in vielen Dingen zu einer Art Dienstleistungsbetrieb des Staates und seiner Ordnung geworden, anstatt eine immer von Christus her bestimmte Gemeinschaft zu sein. Die von uns angestrebte Trennung von Kirche und Staat würde die heutige Kirche auf neue Wege führen, die ihrem Wesen besser gerecht würden als die bisherigen. Das ist meine Meinung als Protestant: Wozu übrigens Kirchnaustritt in einer Aktion fördern, wenn jeder durch einfache Erklärung diese Dinge persönlich ohne Schwierigkeit selbst lösen kann?

Einer anderen Frage sollte die HU sich dagegen annehmen: der Finanzierung von Parteien und Verbänden durch Steuergelder. Anlaß zu dieser Frage bot doch die Auseinandersetzung um die Zuschüsse zum Tag der Heimatvertriebenen in Berlin. Bei der Kirchensteuer handelt es sich nur um den staatlichen Einzug von Mitgliedsgebern, der bei Austritt jederzeit vom einzelnen für sich aufgehoben werden kann. Bei den Staatssubventionen werden hingegen Mittel der Allgemeinheit gegeben. Hier neue Regelungen zu finden, die von einem mehr oder weniger auftrumpfenden Berechtigungsdenken und sich selbst zugelegter Bedeutung abgehen, und erst den Wert solcher Unterstützungen

für die Allgemeinheit gründlich prüfen, wäre der Mühe wert und sollte von Experten der HU neu durchdacht und dann in den Katalog unserer Forderungen aufgenommen werden.

Eduard Bäumer, Berlin

### Erziehung zur Ehrfurcht

Zu einem Punkt des Beitrags von Martin Rudolph möchte ich folgendes erwidern: Wenn es in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen heißt, der Lehrer habe zur Ehrfurcht vor Gott zu erziehen, so kann dieser Satz immerhin unter Hinweis auf den Aachener Schulbetragsstreit in einem verständlicheren Sinne interpretiert werden. Prof. Dr. Dr. Adolf Heuser, Professor für Religionslehre und katholischen Religionsunterricht an der Pädagogischen Hochschule Rheinland — Abteilung Aachen —, Mitglied des „Verbandes Katholischer Lehrer Deutschlands“, nimmt in seiner Stellungnahme zum Aachener Urteil hierzu folgenden Standpunkt ein: „Die Verfassung von Nordrhein-Westfalen nennt als vornehmstes Ziel der Erziehung unter anderem die Weckung der Ehrfurcht vor Gott. Kann ein solches Erziehungsziel auch den nichtgläubigen Staatsbürgern auferlegt werden? Das scheint mir in unserem grundsätzlich toleranten und der Gewissensfreiheit verpflichteten Staat nicht möglich zu sein. Deshalb scheint mir das Aachener Verwaltungsgerichtsurteil recht zu haben, wenn es die genannte Zielangabe in der Erziehung in der Landesverfassung so auslegt, daß sie besagt: Ein vornehmstes Erziehungsziel ist die Hinführung zur Ehrfurcht vor dem Glauben an Gott: Würde die „Ehrfurcht vor Gott“ in der Bezeichnung des Erziehungszieles durch die nordrhein-westfälische Landesverfassung nicht als „Ehrfurcht vor dem Glauben an Gott“ verstanden, wäre diese Verfassungsvorschrift nicht dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland konform, wie das Aachener Urteil vom 13. Mai 1969 ausführt.“

Karl Cervik, Essen

Für diese Mitteilungen ist Leo Derrik verantwortlich, für den Diskussionsteil Jürgen Scheschekwitz. Humanistische Union e. V., 8 München 23, Destouchesstraße 48, Telefon: 30 20 96 / 97. Redaktionsschluß 14. September

Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten. Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678. Postscheck München 104200.

## Kurzberichte - Informationen - Einladungen

### Vorbereitung eines Kinderladenseminars durch den Landesverband Berlin

Zur Fortführung und Ergänzung des vom Bundesvorstand durchgeführten Kindergartenseminars plant der Berliner Landesverband der HU für Januar 1971 ein weiteres Kinderladenseminar – abgestimmt auf die Bedürfnisse der Berliner Gruppen.

Zwei Überlegungen sind dabei richtungweisend:

1. Es soll versucht werden, die Vielzahl der bestehenden Eltern-Kinder-Gruppen, Kinderläden und auch der Interessenten für zu bildende Gruppen zu Kontaktgesprächen zusammenzubringen. (Der Zentralrat der Kinderläden, den es in Berlin eine Zeitlang gegeben hatte, war an ideologischen Divergenzen gescheitert.) Das Bedürfnis nach einem solchen zentralen Koordinationsorgan ist aber zumindest bei einem Teil der Gruppen vorhanden. Eine zentrale Koordination dürfte auch bei Verhandlungen mit dem Berliner Senat im Interesse der Gruppen sein.

2. Die Themen des Seminars im Januar sollen in vorbereitenden Gesprächen von den beteiligten Gruppen selbst herausgearbeitet werden, brauchen also nicht unbedingt die Fortführung der auf dem ersten Seminar behandelten Inhalte zu sein.

Entsprechend wird die Organisationsform des Seminars offen sein, d. h. auf einzelne Referate soll zugunsten von Arbeitsgruppen verzichtet werden; einzuladende „Fachleute“ werden als Diskussionspartner zur Verfügung stehen.

### Frauenaktion 70 in Düsseldorf

Der OV Düsseldorf hat – in Anlehnung an die in Frankfurt gegründete „Frauenaktion 70“ – einen Arbeitskreis „Frauenemanzipation“ gebildet. Seine Hauptaufgabe sollen Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit sein. Zum 26. August (50 Jahre Frauenwahlrecht in den USA) wurden Flugblätter verteilt, die auch auf den Arbeitskreis hinwiesen. Weiter sind laufende Aktionen in bestimmten Stadtteilen geplant, ferner eine Podiumsdiskussion zur Empfängnisverhütung und § 218 mit Frau Dr. Hedda Heuser, Frau Roswitha von Bergmann, Prof. Ulrich Klug und Vertretern der Kirchen.

Am 19. Oktober wird Dr. Joachim Kahl zum Thema „Sozialismus und Atheismus“ in Düsseldorf sprechen.

### Aus der Arbeit in Hamburg

Der Ortsverband Hamburg veranstaltete am 3. September einen Ausspracheabend über die Probleme der Gastarbeiter in Hamburg. Vertreter von einzelnen Gruppen ausländischer Arbeitnehmer – eine weit bessere Bezeichnung als der Ausdruck „Gastarbeiter“ – waren anwesend und beteiligten sich lebhaft an der Aussprache, die im übrigen durch einen sachkundigen Gewerkschaftler bereichert wurde. Der Ortsverband ist hierdurch an neue Schichten herangekommen und hofft, gerade bei Menschen, die diesen Problemen nahe sind, neue Mitglieder zu gewinnen.

Am 22. Oktober wird Herr Dr. Gerhard Szczeny im Rahmen einer etwas größeren Veranstaltung des Hamburger Ortsverbands

aus einem Kapitel seines im nächsten Jahr erscheinenden Buchs, „Das sogenannte Gute“, vortragen.

## Jugendprotest und politische Bildung Einladung zu einer Tagung der Humanistischen Union

am Wochenende des 7./8. November 1970 in Hamburg  
an Bord des Schiffes „Wappen von Hamburg“.

Die Tagung soll der Öffentlichkeit deutlicher als bisher machen, daß politische Bildung an staatlichen Schulen eine grundlegende politische Aufgabe ist. Sie will versuchen, die Voraussetzungen und Bedingungen zu klären, die für eine erfolgreiche politische Bildung da sein müssen.

Am Sonnabend, dem 7. 11., werden in drei Kurzreferaten sprechen:

Prof. Dr. Dietrich Grosser, Münster: „Wie kann Demokratie heute verstanden werden?“  
Prof. Dr. Wolfgang Metzger, Münster: „Politische Bildung aus psychologischer Sicht“  
Dr. Johannes Güthling, Langeoog: „Schulumilieu und Schülerverantwortung“

Nach einer kurzen Aussprache werden Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen gebildet, die am Nachmittag und Abend beraten werden.

Am Morgen und Vormittag des Sonntag (8. 11.) werden in einer Gesamtbesprechung die Aussprache-Ergebnisse der Arbeitsgruppen mitgeteilt.

### Teilnahmebedingungen:

#### 1. Anmeldung

Da der Teilnehmerkreis begrenzt ist, bitten wir um recht baldige Anmeldung, **spätestens bis zum 12. Oktober 1970!** Zur Anmeldung füllen Sie bitte das untenstehende Anmeldeformular aus und senden es in einem Umschlag an

Humanistische Union Ortsverband Hamburg 2000 Hamburg 13 Parkallee 65

#### 2. Kosten und Leistungen

Der Teilnehmerbeitrag ist DM 80,-, der für Mitglieder der Humanistischen Union auf DM 60,- ermäßigt wird.

Hierfür bieten wir den Ersatz der Fahrtkosten zweiter Klasse, freie Unterbringung an Bord des Motorschiffes „Wappen von Hamburg“ oder in gleichwertigem Hotel sowie die Verpflegung vom Morgen des 7. November bis zum Morgen des 8. November einschließlich.

Teilnehmer, die kein Quartier in Hamburg benötigen und keinen Fahrtkostenersatz beanspruchen, zahlen einen Teilnehmerbeitrag von DM 16,-, der sich für Mitglieder der Humanistischen Union auf DM 12,- ermäßigt. Hiermit ist die Teilnahme am gemeinsamen Mittag- und Abendessen am 7. November abgegolten.

#### 3. Anfragen und Verfahren

Alle Anfragen sind an die obengenannte Anschrift des Ortsverbands Hamburg der Humanistischen Union zu richten.

Nach Eingang der Anmeldung werden eine Teilnahmebestätigung sowie ein genaues Tagesprogramm, eventuell mit Unterlagen für die Referate, den Anmeldern zugeschickt. Nach Zahlung des Teilnehmerbeitrags erhält jeder Teilnehmer einen Teilnehmerausweis.

### ANMELDUNG

- Hierdurch melde ich meine Teilnahme an der Tagung der Humanistischen Union am 7. und 8. November 1970 in Hamburg an Bord des Schiffes „Wappen von Hamburg“ an.
- Ich möchte an Bord der „Wappen von Hamburg“ untergebracht werden.  
Ich möchte in einem Hotel untergebracht werden.
- Ich bin Mitglied – nicht Mitglied – der Humanistischen Union  
(Nichtzutreffendes bitte durchstreichen!)

Name und Vorname: .....

Genaue Anschrift: .....  
(bitte in Blockschrift)

Ort und Datum

Unterschrift